

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 27. Oktober 2016
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Böhringer Denzer Glattacker Kiefer Lindemer Oehler Salach Simon Vogel Vogelpohl Wernthaler Wiesiollek
Entschuldigt:	Berg, Bernnat, Di Prima, Escher, Jaenisch
Ferner:	Fachbereichsleiter Bühler (ab 18.15 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Sproß (bis 18.40 Uhr) Betriebsleiter Droll Betriebsleiter Langela Betriebsleiter Schäfer (ab 18.00 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 18.40 Uhr) Frau Hofmann Frau Schmidt
Urkundspersonen:	Stadträtin Wiesiollek und Stadtrat Lindemer
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.25 Uhr

TOP 1

Sprachförderung in Lörracher Kindertageseinrichtungen

Vorlage: 172/2016

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er führt kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, inwiefern der Verwaltung Erfahrungswerte hinsichtlich der Ablehnung von Anträgen vorliegen.

Stadträtin Cyperrek hält das Erlernen einer Sprache für den Schlüssel zur Integration. Sie wolle der Vorlage so zustimmen.

Fachbereichsleiter Sproß erklärt, dass es sehr selten zu einer Ablehnung von Anträgen komme.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt Kenntnis vom aktuellen Sachstand der zusätzlichen Sprachförderung der Stadt Lörrach.
2. Es wird beschlossen, dass im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel bei 36500101000 (Förderung von Kindern in Gruppen von 0-6-Jährige: Sprachförderung) auch Projekte für Schulkinder mit erhöhtem Sprachförderbedarf bezuschusst werden können. Die Sprachförderung von Kindern im Kindergartenalter hat Vorrang.

TOP 2

Familienstützpunkt Guter Hirte:

Antrag des Trägervereins Kinderhaus "Guter Hirte" e.V. auf weitere finanzielle Grundförderung

Vorlage: 156/2016

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und begrüßt Frau Adam vom Familienstützpunkt guter Hirte.

Frau Adam berichtet sodann anhand einer Präsentation von der Arbeit des Familienstützpunktes Guter Hirte (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht. Es sei sehr wichtig, besondere Begabungen bei Kindern möglichst früh zu erkennen.

Stadtrat Dr. Vogelpohl hält die Arbeit des Familienzentrums für wichtig. Die Entwicklung hin zu Stadtteilzentren müsse weiter vorangetrieben werden. Doppelstrukturen sollen in Lörrach vermieden werden. Er wolle wissen, inwiefern das Angebot flächendeckend ausgebaut werde und wie typische Nutzer der Einrichtung charakterisiert werden können.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich für den Vortrag. Auch sie halte die Arbeit des Familienzentrums für wichtig. Man müsse die Eltern weiterhin abholen und eine Anlaufstelle für Familien vorhalten.

Stadträtin Salach befindet, dass sich das Familienzentrum Alleinstellungsmerkmale erarbeitet habe. Es biete gezielte Angebote für Familien vor Ort an. Professionelle Bildungsangebote würden professionell abgefragt und die Angebote nach Bedarf ermittelt. So entstehe ein gutes Angebot.

Stadtrat Lindemer schließt sich dem Gesagten an.

Stadtrat Böhringer bittet darum, auch andere Kindergärten in der Stadt, welche nicht unter städtischer Trägerschaft stünden, in die Vernetzung einzubeziehen.

Frau Adam erklärt, dass das Familienzentrum auch über die Grenzen des „Guten Hirten“ hinaus aktiv für Angebote werbe. Der typische Nutzer der Einrichtung könne nur schwer charakterisiert werden. Die Eltern kämen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft. Es gebe ganz unterschiedliche Familien mit ganz unterschiedlichen Bedürfnissen.

Nach einer weiteren kurzen Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat stimmt zu, den Familienstützpunkt „Guter Hirte“ für die qualitative Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtung hin zu einer Beratungs- und Begegnungsstätte und zur weiteren Entwicklung des bestehenden Netzwerks mit einem Betrag von bis zu 18.000,-- € pro Jahr zu fördern.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Trägerverein Kinderhaus „Guter Hirte“ e.V. eine Vereinbarung mit unbestimmter Laufzeit zu treffen, die von den Vertragspartnern mit Kündigungsfrist von einem Jahr gekündigt werden kann.

TOP 3

Schulentwicklungsplanung - Arbeitsauftrag für Szenario 8

Vorlage: 179/2016

Der Vorsitzende erklärt, dass in der vergangenen Sitzung des Gemeinderates intensiv über das vorgelegte Szenario 8 diskutiert wurde. Diesbezüglich wolle sich die Verwaltung nun einen eindeutigen Arbeitsauftrag von den Gremien abholen. Die Fakten seien nun bekannt und die Argumente ausgetauscht. Die verschiedensten Interessengruppen würden sich nun nochmals zu Wort melden. Es liege neben einem Schreiben der Schulleiterinnen und Schulleiter in Lörrach auch ein Schreiben des Arbeitskreises Schule und Wirtschaft vor. In letzterem werde moniert, dass durch das vorliegende Szenario 8 die erste Säule gestärkt und die zweite Säule geschwächt werde. Dies liege seiner Meinung nach aber nicht an der Schulpolitik der Stadt, sondern an der Entwicklung der Zahl der Anmeldungen an den jeweiligen Schularten. Hinsichtlich der Grundschulen führt er an, dass er keine Schulen schließen wolle, dass die Stadt aber dringend auf räumliche Kapazitäten angewiesen sei. In Ziffer 3 des Beschlussvorschlags werde vorgeschlagen, dass die verschiedenen Standorte nochmals untersucht werden sollen. Er halte die Forderung „kurze Beine, kurze Wege“ für richtig. Ein Wegfall der Albert-Schweitzer-Grundschule könne gegebenenfalls durch die umliegenden Grundschulen aufgefangen werden. Bei der Neumattschule sei dies deutlich schwieriger.

Stadtrat Kiefer gibt an, dass die Fraktion der CDU dafür plädiere, die Grundschulen aus der Beschlussvorlage herauszunehmen und separat zu behandeln. Das Neumattquartier sei in hohem Maße von der dortigen Grundschule abhängig. Die Stadt dürfe keine derart fatalen Signale in Richtung der genannten Grundschulen aussenden. Die in der Umgebung der Albert-Schweitzer-Schule ansässige Bevölkerung werde zunehmend jünger. Die Grundschule müsse auf jeden Fall erhalten werden. Die vorliegende Beschlussvorlage müsse dahingehend umgearbeitet werden.

Stadträtin Cyperrek führt aus, dass die Fraktion der SPD die vorliegende Beschlussvorlage grundsätzlich mittragen könne. Die wesentlichen Probleme des Szenarios seien umfassend diskutiert worden. Sie könne nicht nachvollziehen, warum die Schulleiter eine Stärkung der zweiten Säule befürworten, da das Hans-Thoma-Gymnasium „aus allen Nähten platze“. Ein mögliches drittes Gymnasium sei äußerst wichtig für die Stadt. Hinsichtlich der Ziffer 3 des Beschlussvorschlags signalisiert sie die Zustimmung der Fraktion der SPD. Über die Haltung der CDU-Fraktion hinsichtlich der Grundschulen sei sie überrascht. Die SPD-Fraktion wolle sich nochmals intern beraten und dann eine Entscheidung treffen.

Stadtrat Wernthaler führt aus, dass das Szenario 8 das Ergebnis starker Lobbyarbeit einiger gut aufgestellter Schulen und Elternverbände sei und kritisiert, dass das Szenario im Schulentwicklungsplanungsprozess herausgestellte, wichtige Aspekte kaum mehr berücksichtige. Der Schulexperte Professor Bohl, der den Schulentwicklungsplanungsprozess begleitet hat, habe vor der Einrichtung eines dritten Gymnasiums in Lörrach gewarnt. Er sei mit dem vorliegenden Szenario 8 nicht einverstanden. Die Einrichtung eines dritten Gymnasiums halte er für den falschen Weg.

Stadträtin Cyperek tut kund, dass im Hinblick auf Ziffer 4 der Beschlussvorlage nicht nur die Schulbauförderungsrichtlinie, sondern auch die Schulhausbauförderungsrichtlinie geprüft werden müsse. Indes wundere sie sich hinsichtlich der Aussage von Stadtrat Wernthaler über den jetzigen Diskussionsverlauf.

Stadtrat Böhringer ist der Auffassung, dass die Aussage „kurze Beine, kurze Wege“ bei den Schulen in Hauingen und Brombach auch nicht berücksichtigt werde und deshalb vernachlässigt werden könne.

Der Vorsitzende hält die auftretende Diskussion für verwirrend. Es irritiere ihn, dass sich alle Fraktionen zunächst für das vorliegende Szenario 8 ausgesprochen hätten, dieses nun aber nicht mehr vollumfänglich mittragen wollten. Der Vorstand sei im Auftrag des Gemeinderates mit diesem Szenario schließlich auch in Stuttgart bei der Kultusministerin vorstellig geworden. Die Thematik verschiebe sich nun in verschiedene Richtungen. Die beiden genannten Grundschulen wären auch bei den anderen möglichen Szenarien gefährdet gewesen. Grundsätzlich sei vor allem anzustreben, dass die Schulwege für die Kleinsten sicher sind. Künftig sei eine Grundschulentwicklungsplanung denkbar und sinnvoll. Man dürfe den anvisierten Zeitplan bei der Schulentwicklungsplanung nun nicht aus den Augen verlieren. Beim Hans-Thoma-Gymnasium sei eine gewisse Sogwirkung erkennbar. Die Schule werde entweder immer größer oder müsse zwangsläufig geteilt werden. Hier sei aber das Anmeldeverhalten der Eltern entscheidend. Der Schulentwicklungsplanungsprozess habe eine gute Entscheidungsgrundlage zu Tage gebracht. Es gebe kein Szenario, bei dem es keine Nachteile gibt. Der Umzug der Gemeinschaftsschule könne den Campus möglicherweise entlasten. Dies sei aber auch nur eine theoretische Annahme. Die neue Landesregierung wolle eher die Realschule stärken, nicht die Gemeinschaftsschule. Die Albert-Schweitzer-Schule könne am jetzigen Standort ausgebaut werden. Die Hellbergschule könne sich zu einer Verbundschule oder zu einer zusätzlichen Realschule entwickeln. Die Nachfrage der Eltern könne indes nicht vorhergesehen werden. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung werde versucht einen mehrheitsfähigen Konsens zu finden. Am Ende müsse man eine Entscheidung treffen.

Stadtrat Böhringer merkt an, dass die Standorte Brombach, Haagen und Hauingen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung auch ausreichend berücksichtigt werden müssten.

Im Folgenden äußern sich Herr Jörg Lienin, Lehrer an der Albert-Schweitzer-Grundschule sowie Frau Jana Bart, Elternbeiratsvorsitzende an der Neumattschule.

Der Vorsitzende bemerkt, dass die Diskussion nach wie vor emotional geführt werde. Man müsse sich nun aber auf eine sachliche Entscheidungsfindung besinnen. Die Thematik Grundschulen solle nochmals geprüft werden. Es sei nicht vorgesehen, eine Schule zu schließen.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann bei 6 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat befürwortet das Szenario 8 der Schulentwicklungsplanung
 - Verbleib Hans-Thoma-Gymnasium (HTG), Hebelgymnasium (HGL) und Theodor-Heuss-Realschule am Campus mit Kappung von HTG und THR auf maximal 4 Züge
 - Auslaufen der Neumattschule (Werkrealschule) am Standort Neumatt, Einrichten eines dritten Gymnasiums mit 2-3 Zügen mit entsprechender Infrastruktur am Standort Neumatt
 - Verbleib der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule mit 3 Zügen am jetzigen Standort im Grütt und entsprechender Ausbau der Infrastruktur
 - Verbleib der Hellbergschule (Werkrealschule) am jetzigen Standort zunächst als Werkrealschule (1-2 Züge), parallel dazu Aufbau eines Realschulzweiges
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Schulbehörden die Einrichtung eines neuen allgemeinbildenden Gymnasiums am Standort Neumatt abzustimmen und eine Antragstellung nach § 30 Schulgesetz vorzubereiten.
3. Daher ist auch die Grundschullandschaft Lörrachs neu zu ordnen im Hinblick auf Grundschulstandorte, Ganztags-/Halbtagsangebote und die dafür erforderliche Infrastruktur. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag für die Zukunft der Grundschulen am Standort Neumatt und Albert-Schweitzer-Schule zu unterbreiten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Vorschlag zur Umsetzung und Finanzierung des Szenario 8 vorzulegen und mit dem Regierungspräsidium Freiburg die Möglichkeiten der Schulbauförderung zu prüfen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, Planungsmittel für den Haushalt 2017 anzumelden.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig vom Stand der Planungen zu berichten.

TOP 4

Antrag der Fraktion der SPD zu Umwidmung und Ausbau der Grabenstraße

Vorlage: 177/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Stadträtin Cyperrek führt aus, dass zwei inhaltsgleiche Anträge der Fraktionen der SPD sowie der Grünen vorlägen. Die Ausbezahlung der Anlieger in der Grabenstraße sei ein erster wichtiger Schritt gewesen. Nun müsse die Grabenstraße zu einer Fußgängerzone umgewidmet werden. Das Gegenargument der Verwaltung, welches auf den durchgeführten Messungen beruhe, sei deswegen angreifbar, weil es an dem gewählten Messpunkt selbst selten zu Geschwindigkeitsüberschreitungen komme. Es komme auf der Grabenstraße aber sehr häufig zu Autorennen. Es seien weder zu Zeiten des Berufsverkehrs, noch zu Zeiten des allabendlichen „Flanierverkehrs“ Messungen durchgeführt worden. Anliegerverkehr gebe es in der Grabenstraße kaum. Die entlang der Grabenstraße führenden Buslinien könnten auch anderweitig durch die Stadt geleitet werden. Auch die bisherigen Standorte der Poller sollten hinsichtlich der Einrichtung einer Fußgängerzone kein Problem darstellen. Die Fußgängerzone werde zu positiven Effekten für den Einzelhandel beitragen. Für den Liefer- und Entladeverkehr würden sich angemessene Lösungen finden lassen. Es dürften in der Sache keine Einzelinteressen verfolgt werden und die Mehrheit der Anwohner müsse gehört werden. Insgesamt 60 Anwohner hätten für die Einrichtung einer Fußgängerzone ihre Unterschrift abgegeben. Die Verwaltung sehe die Grabenstraße als Durchgangsstraße an, sie sei jedoch eine Anliegerstraße. Es gäbe durchaus alternative Ost-West-Verbindungen. Die künftige Weiterentwicklung des Postareals ziehe ebenfalls eine Weiterentwicklung der Palmstraße nach sich. Auch das noch zu entwickelnde Gesamtverkehrskonzept für die Stadt werde eine Umwidmung der Grabenstraße zur Fußgängerzone nach sich ziehen. Man brauche also nicht noch länger warten. Sie lehne den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab und wolle beantragen, nun über den SPD-Antrag abzustimmen.

Stadtrat Wernthaler befindet, dass der Antrag durchaus früher im Gemeinderat hätte behandelt werden können. Die Fraktion der Grünen sei prinzipiell nicht gegen die Einrichtung einer Fußgängerzone. Für Handwerker und den Liefer- und Verladeverkehr müssten geeignete Ausnahmeregelungen geschaffen werden. Zu betonen sei die steigende Aufenthaltsqualität, welche durch eine Umwidmung der Grabenstraße zur Fußgängerzone erreicht werde.

Der Vorsitzende wolle zunächst richtigstellen, dass der Betrag für die Rückzahlungen an die Anwohner erst im Haushaltsplan 2017 vorgesehen sei. Die einzelnen Beträge seien bisher noch nicht ausbezahlt. Die Verwaltung wolle sich hinsichtlich der Fußgängerzone nicht querstellen, könne die möglichen Konsequenzen allerdings noch nicht abschätzen. Die Verwaltung schlage vor mit der Entscheidung zu warten, bis der Verkehrsplaner im Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung eingestellt ist und erste Ergebnisse vorliegen.

Stadtrat Glattacker führt aus, dass die Fraktion der CDU sich nochmals intern beraten wolle. Sie werde der Vorlage aber voraussichtlich zustimmen. Man müsse bedenken, dass man, mit jeder Straße, die für den Verkehr gesperrt werde, wiederum andere Straßen belastet. Man müsse eine Entscheidung zur Zufriedenheit der Allgemeinheit treffen.

Stadtrat Denzer erklärt, dass die anwesenden Mitglieder der Fraktion der Freien Wähler der Vorlage so zustimmen wollen. Die Argumente für die Einrichtung einer Fußgängerzone seien interessant, er glaube aber nicht, dass es insgesamt 60 gesammelte Unterschriften von Anwohnern gebe. Es gehe den Anwohnern nämlich nicht um eine Fußgängerzone, sondern um ihre Ruhe. Es stimme, dass die Grabenstraße eine Anliegerstraße ist. Früher sei die Straße nicht so häufig von Personen befahren worden, die keine Anwohner sind. Es brauche eine ordentliche Verkehrserziehung der „Ramba-Zamba-Fahrer“.

Stadträtin Cyperrek stimmt Stadtrat Denzer zu. Wenn die Verkehrsteilnehmer sich an die Regeln halten würden, gäbe es weniger Probleme. Der Gemeindevollzugsdienst könne nicht in ausreichendem Maße kontrollieren. Es gebe immer mehr Menschen, die sich nicht an die Verkehrsregeln halten würden. Es könne natürlich zugewartet werden, bis der neue Verkehrsplaner da ist. Sie wolle aber wissen, wie es um die Verkehrsberuhigung in der Basler Straße stehe.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung es leider nicht geschafft habe, den Antrag bis spätestens zur übernächsten Sitzung aufzubereiten. Aufgrund der Fülle an Themen seien viele Fachbereiche derzeit stark ausgelastet. Man müsse bedenken, dass die Quartiersgarage über die Grabenstraße erschlossen werde. In der Basler Straße sei im Geschäftsbereich auf Höhe des Aicheleknosens eine Geschwindigkeitsbegrenzung Tempo 20 möglich, aber auch hier seien die Auswirkungen nicht eindeutig abschätzbar.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass man mehrfach zu unterschiedlichen Zeiten Verkehrsmessungen in der Grabenstraße durchgeführt habe. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass die Grabenstraße sehr gut geplant worden sei und sich auch sehr gut entwickelt habe. Es müsse auch bedacht werden, dass auf anderen Straßen weitaus häufiger sogenannte „Ramba-Zamba-Fahrer“ unterwegs seien.

Stadtrat Böhringer tut kund, dass die Problematik in der Grabenstraße überbewertet werde. Die Verkehrsteilnehmer müssten sich an die Regeln halten. Er stimme den Aussagen von Fachbereichsleiter Dullisch zu. Es brauche endlich einen Generalverkehrsplan. In Lörrach gebe es verkehrstechnisch nur Stückwerk.

Nach einer weiteren Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales bei 7 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich die folgende Beschlussempfehlung:

Der Gemeinderat beschließt, den Antrag der Fraktion der SPD über die Umwandlung der Grabenstraße in eine Fußgängerzone bis zur Entscheidung über ein gesamtstädtisches Mobilitätskonzept zurückzustellen.

TOP 5

Straßenbenennung der "Querspange" in Lörrach und Brombach

Vorlage: 178/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nach einer kurzen Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Straße von der Kreuzung Hasenloch (Autobahnabfahrt A98 / B317) zum Kreisverkehr Betonwerk Brombach erhält die Bezeichnung „Beim Hasenloch“.

TOP 6

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Kreisel Zollfreie Straße

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Kreisel an der Zollfreien Straße bis Ende des Jahres fertiggestellt sein soll. Der Bereich Kreisel bis Weiler Straße werde in den Osterferien deckenlos sein. Die Anbindung der Dammstraße erfolge noch im November dieses Jahres.

TOP 7

Allgemeine Anfragen

Keine.

TOP 8

Offenlegungen

TOP 8.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 15. September 2016

TOP 8.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 6. Oktober 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Dr. Wilke

Urkundspersonen:
gez. Wiesiollek / Lindemer

Schriftführung:
gez. Ockenfuß